

SPD-Jubiläumsveranstaltung zur Revolution 1848/49
am 19. 3. 2023 im Kellereigebäude Hofheims

Vortragstext Dieter Reuschling:

Am 18. März 1848 begann in Berlin der Aufstand der revolutionären Bevölkerung gegen das reaktionäre preußische Herrschaftssystem. Der König Friedrich Wilhelm IV. hatte zwar einige Forderungen der demonstrierenden Bürger wie die Abschaffung der Zensur und die Einberufung des preußischen Landtages erfüllt, den geforderten Abzug des Militärs aus Berlin aber nicht angeordnet. Daraufhin wurden überall in Berlin Barrikaden errichtet und die Aufständischen bewaffneten sich. Dem Befehl des Königs an das Militär, die Barrikaden mit Waffengewalt zu räumen, fielen am Ende rund 250 Aufständische zum Opfer. Am nächsten Tag sah sich der König aber gezwungen, den Forderungen der Aufständischen weitgehend nachzugeben und das Militär abzuziehen. Wie man im Fernsehen erleben konnte, wurden diese Ereignisse gestern in Berlin gefeiert.

Große öffentliche
Volks-Versammlung
Gedenkfeier der 75. Wiederverkehr der Revolution
von 1848

am Sonntag, den 18. März 1923 nachmittags 3½ Uhr im Frankfurter Hof veranstaltet von der vereinigten soz. Partei unter Beteiligung sämtlicher Arbeitervereine.

Mitwirkende:
Volkschor Liederfranz
Hum. Musikgesellschaft Lyra
Freie Turn- und Sport-Gemeinde.

Die Festrede mit dem Thema:
1848 bis heute
hält Gen. **Robert Ditzmann** Reichstagsabgeordneter.

Eintritt pro Person 200 Mark incl. Steuer.

Vormittags 9 Uhr findet in der „Schönen Aussicht“ eine Kreis-Konferenz statt, zu der wir alle Genossinnen und Genossen herzlichst einladen.

Der Vorstand.

Anzeige aus dem „Anzeigebblatt für die Stadt Hofheim“ vom 17. März 1923.

Sie waren 1848 in Deutschland der dramatische Auftakt zu der Revolution, die zum ersten deutschen frei gewählten Parlament in der Frankfurter Paulskirche führte, an das in diesem Jahr mit vielen Veranstaltungen erinnert wird. Zur Erinnerung an die 75. Wiederverkehr des Aufstandes in Berlin fanden in Deutschland auch 1923 viele Gedenkveranstaltungen statt. In Hofheim war es der SPD-Ortsverein, der diese Gedenkveranstaltung – jetzt vor ziemlich genau 100 Jahren - im Frankfurter Hof ausrichtete. Hofheim gehörte 1923 ja bekanntlich zu Preußen. Die Anzeige zu dieser Veranstaltung im „Anzeigebblatt für die Stadt Hofheim“ vom 17. März 1923 ist für sich schon ein historisches Dokument, das einer Erläuterung bedarf.

Als Veranstalter wird die „vereinigte sozialdemokratische Partei“ genannt. Das erinnert daran, dass sich die SPD 1917 während des 1. Weltkrieges wegen der Zustimmung zu

weiteren Kriegskrediten im Reichstag gespalten hat. Die Linke in der SPD hat ihnen nicht mehr zugestimmt, um die Fortsetzung des mörderischen Krieges zu verhindern. Die Abspaltung nannte sich als eigenständige Partei jetzt Unabhängige SPD (USPD). Auch in Hofheim gab es in der Anfangszeit der Weimarer Republik einen Ortsverein der USPD, der bei den Reichstagswahlen 1920 in der Kernstadt immerhin 12,5 % der Stimmen erreichte gegenüber 29,7 % für die Mehrheitssozialdemokraten (MSPD). 1922 hat sich die USPD selbst im Streit um den Beitritt zur 3. Kommunistischen Internationale geteilt und die Mehrheit davon vereinigte sich im September 1922 wieder mit den Mehrheitssozialdemokraten. Auch in Hofheim kam es im Oktober 1922 zu einer „Einigungs-Generalversammlung“ der MSPD und USPD, deshalb steht in der Anzeige „Vereinigte soz. Partei“.

In der Zeit der Weimarer Republik waren die meisten Vereine viel mehr als heute politisch orientiert. An der Veranstaltung der SPD haben sich deshalb auch in Hofheim sämtliche Arbeitervereine beteiligt, u. a. der Volkschor Liederkrantz, die Musikgesellschaft Lyra und die Freie Turn- und Sportgemeinde. Der Volkschor Liederkrantz war Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes und in der gesamten Zeit der Weimarer Republik in Hofheim sehr aktiv. Genauso die Freie Turn- und Sportgemeinde, die in Hofheim im Juni 1921 gegründet wurde. Im Unterschied zum Turnverein Vorwärts, der ja auch aus der Arbeiterbewegung hervor gegangen war, förderte er mehr die Leichtathletik und den Fußball und war vermutlich als Mitglied des „Arbeiter Turn- und Sportbundes“ politisch linker orientiert als der TV Vorwärts. Die „Lyra“ gibt es ja heute noch, hatte aber bei ihrer Gründung 1893 auch viele Mitglieder aus der Arbeiterschaft. Die Machergreifung durch die Nazis brachte 1933 einen großen Einschnitt im Vereinsleben. Ihre Ideologie der Volksgemeinschaft ließ keine konkurrierenden Vereine zu. Alle Vereine wurden „gleichgeschaltet“ und nach dem Führerprinzip gleich organisiert. Vereine wie die Arbeitervereine, die das nicht wollten, wurden verboten oder haben sich selber aufgelöst, um ihr Vermögen zu retten. Deshalb gibt es seit 1933 in Hofheim den Volkschor Liederkrantz und die Freie Turn- und Sportgemeinde nicht mehr.

Als Referenten der Jubiläumsveranstaltung hatte die SPD den Reichstagsabgeordneten Robert Dißmann gewonnen. Er trat schon 1897 in die SPD ein. Als gelernter Maschinenbauer wurde er auch Mitglied der Gewerkschaft „Deutscher Metallarbeiterverband“ und dort hauptamtlicher Geschäftsführer. Von 1908 bis 1917 wurde er Parteisekretär der SPD in Hanau und in Frankfurt und gehörte danach zur USPD. 1920 wurde er in den Reichstag gewählt und ging 1922 nach der Spaltung der USPD wieder zur Mehrheits-SPD zurück und gehörte dort zu den führenden Vertretern des linken Parteiflügels. Ob die Hofheimer SPD ihn deshalb als Referenten eingeladen hat, ist nicht bekannt, vermutlich eher deshalb, weil er in Frankfurt wohnte. Dißmann starb schon 1926 im Alter von 48 Jahren auf der Rückreise von einem internationalen Metallarbeiterkongress in Detroit. Dass er in SPD und Gewerkschaft eine bedeutende Rolle gespielt hat, kann man auch daran erkennen, dass in Frankfurt-Sossenheim eine Straße und ein Stadtviertel nach ihm benannt worden ist.

Zuletzt ist an der Anzeige für die Veranstaltung natürlich auffällig, dass dabei 200 Mark Eintritt verlangt wurden. Es erinnert daran, dass 1923 das Jahr der Hyperinflation in Deutschland war, an deren Ende viele Ersparnisse und Geldvermögen vernichtet waren. Erst durch die Einführung der Rentenmark am 15. November 1923 wurde diese Entwicklung beendet. Die Inflation wurde auch durch den im Januar 1923 beginnenden Ruhrkampf gefördert, als Frankreich das Ruhrgebiet besetzte, um durch die Beschlagnahmung der Ruhrkohle die Reparationszahlungen einzutreiben, die das Deutsche Reich nicht mehr leisten konnte. Der passive Widerstand der Bevölkerung wurde zwar von der Reichsregierung gefördert. Die notwendige finanzielle Unterstützung der notleidenden Bevölkerung durch das Reich trieb die Inflation aber weiter an.

Wie massiv die erst gut vier Jahre bestehende Demokratie in Deutschland 1923 noch gefährdet war, zeigte nicht nur diese Inflationszeit, die die demokratischen Regierungen nur schwer bewältigen konnten. Hinzu kamen von Anfang an auch Angriffe von links und von rechts, die die Demokratie durch eine rechte oder linke Diktatur ablösen wollten. Der Kapp-Putsch vom März 1920 gegen die gewählte Reichsregierung konnte nur durch einen Generalstreik verhindert werden. Am Ende des Jahres 1923 fand in München am 8./9. November der Hitler-Putsch statt, bei dem sich Hitler schon zum Reichskanzler erklärte. Polizei und Reichswehr konnten diesen Putsch noch niederschlagen.

Ich denke, dass den Veranstaltern der SPD in Hofheim vor 100 Jahren diese Gefährdung der Demokratie sehr bewusst war. Deshalb wollten sie wohl auch daran erinnern, wie mühsam sie erst errungen werden musste und wie viele Opfer dafür gebracht wurden. Ich will versuchen, am Beispiel Hofheims darzulegen, welche Entwicklungen durchlaufen werden mussten, damit in Deutschland 1848/49 überhaupt das erste demokratisch gewählte Parlament tagen und die erste gesamtdeutsche Verfassung schaffen konnte.

Ein entscheidendes, auslösendes Moment war natürlich die französische Revolution von 1789 mit dem Sturz der Monarchie und der Bildung einer Republik. Die folgende Herrschaft Napoleons über weite Teile Europas führte auch dazu, dass viele Errungenschaften dieser Revolution in anderen europäischen Staaten übernommen wurden und Staaten umgewandelt oder aufgelöst wurden. Die Kirchenstaaten wie das Kurfürstentum Mainz wurden abgeschafft, u. a. deshalb, weil Staaten mit linksrheinischen Landesteilen wie Nassau dafür entschädigt wurden, dass Frankreich diese Gebiete annektierte. Dadurch kam Hofheim vom Kurfürstentum Mainz zum neuen Herzogtum Nassau. Auch nach dem Ende der napoleonischen Herrschaft blieb diese Staatenordnung durch die Beschlüsse des Wiener Kongresses von 1814 bis 1815 weitgehend erhalten.

In diesen Staaten waren aber auch eine Reihe von politischen und gesellschaftlichen Fortschritten zu verzeichnen. In Nassau wurde z. B. die Leibeigenschaft abgeschafft, die Simultanschule statt der Konfessionsschule eingeführt und eine ständische Verfassung beschlossen, durch die eine gewählte Deputiertenkammer und eine Herrenbank eine Mitbestimmung der Bürger an den Entscheidungen des Souveräns, des Herzogs von Nassau, zugelassen hat. Die Herrenbank bestand aus Vertretern des Adels, die Deputiertenkammer aus 22 gewählten Vertretern von Gutsbesitzern, Gewerbetreibenden und Geistlichen, die nur von einer sehr geringen Zahl von stimmberechtigten Bürgern gewählt werden konnten. Eine Mitwirkung der Masse der Bevölkerung war nur dadurch möglich, dass sie Bittschriften einreichen konnten, die von einer Bittschriftenkommission der Deputiertenkammer beurteilt und dann in der Kammer beraten und entschieden wurden.

Diese Möglichkeit nutzte, sicher in friedlicher Absicht, auch die Hofheimer Bevölkerung im März 1831, um eine Reihe von Beschwerden gegen die Landesregierung vorzubringen, u. a. wegen des vom Amt Höchst geplanten Baus eines neuen Schulhauses in der Burgstraße. Das Amt Höchst hatte das ehemalige kurfürstliche Hofgut mit dem Wohnhaus, das heute der Altbau des Stadtmuseums ist, ohne Abstimmung mit der Stadt gekauft und wollte im Garten an der Burgstraße ein neues Schulhaus errichten lassen. Die Kosten sollte die Stadt am Ende tragen. Die Stadt wollte aber als kostengünstigere Lösung von dem Kaufmann Philipp Joseph Weiler das Kellereigebäude kaufen, um es zur Schule umzubauen. Die von einem großen Teil der Hofheimer Bevölkerung unterzeichnete Bittschrift wurde in der Bittschriftenkommission verhandelt, die auch eine heute noch gedruckt vorliegende Stellungnahme abgab. Sie sollte am 2. Mai 1831 in der Deputiertenkammer beraten werden. Dazu kam es aber nicht, weil der Herzog Wilhelm von Nassau wegen des so genannten Domänenstreites die Sitzungen der Kammer auf unbestimmte Zeit vertagt hatte.

Der Domänenstreit entstand dadurch, dass die Kammer über die Einnahmen und Ausgaben der Staatsdomänen, immerhin 11,5 % der Landesfläche, mitentscheiden wollten, weil sie

diese als Staatsbesitz betrachteten. Der Herzog sah sie aber als Privatbesitz an, über den er allein entscheiden konnte. Als die Vertagung der Deputiertenkammer am nächsten Tag in Hofheim bekannt wurde, war auch klar, dass der vom Amt Höchst schon begonnene Bau der Schule in der Burgstraße 9 mit friedlichen Mitteln nicht mehr gestoppt werden konnte. Deshalb rotteten sich am Abend des 3. Mai 1831 etwa 40 Hofheimer Bürger, meist jüngere Männer, zusammen und rissen den in der Burgstraße begonnenen Neubau der Schule wieder ein. Dies war der Beginn der bekannten Hofheimer Schulhausrevolte, die sich am nächsten Tag fortsetzte. Der Erfolg des Protestes gegen die Willkür der Landesregierung wurde in den Wirtshäusern gefeiert, die Kirchenglocken geläutet und der Amtmann Hendel, der aus Höchst gekommen war, um sich ein Bild von der Lage zu machen, mit Steinwürfen vertrieben. Wichtig und durch Zeugen eindeutig belegt ist aber auch, dass vor dem Rathaus ein Freiheitsbaum, ein Symbol der französischen Revolution, als klares politisches Signal für die Forderung nach mehr Freiheit und Mitbestimmung errichtet wurde.

Die Reaktion der nassauer Landesregierung auf diese Revolte war von der allgemeinen politischen Lage in den Nachbarländern und Europa bestimmt. Nach der Juli-Revolution von 1830 in Frankreich gab es in vielen Staaten soziale Unruhen, die sich vor allem gegen zu hohe Steuern und Zölle richteten. In Braunschweig wurde im September 1830 bei massiven Protesten das Schloss in Brand gesetzt und der regierende Herzog Karl verjagt. In der Provinz Oberhessen des Großherzogtums Hessen-Darmstadt rebellierten im September/Oktober 1830 die Bauern gegen die hohen Zoll- und Abgabenlasten. Die Rebellion wurde mit massivem Militäreinsatz niedergeschlagen. In Hanau, das zum Kurfürstentum Hessen-Kassel gehörte, zerstörten Bürger, auch im September 1830, aus Protest das Zoll- und Abgabenamt und die Zollstätte bei Fechenheim.

Aus Furcht vor einer Ausweitung dieser Proteste auf Nassau schickte die Landesregierung am 6. Mai 1831 zwei Kompanien Infanterie und eine Kompanie Artillerie nach Hofheim, um den Aufruhr zu beenden. Es gab keinen Widerstand dagegen, schon gar keine Barrikadenkämpfe wie 1848 in Berlin. Eine Untersuchungskommission kam nach Hofheim, um alle Beteiligten an der Revolte zu vernehmen und die Hauptbeschuldigten zu verhaften. Insgesamt 30 Hofheimer Bürger wurden wegen des Aufruhrs angeklagt, wobei auch die Aufrichtung des Freiheitsbaumes ein Straftatbestand war. 11 davon wurden zu Haftstrafen von 2 bis 5 Jahren im Korrektionshaus im Kloster Eberbach verurteilt. Das Korrektionshaus diente in Nassau als mildere Form des Zuchthauses der Besserung der Gefangenen. Die Höchststrafe von 5 Jahren erhielt als verdächtiger Rädelsführer der Revolte Bernhard Westenberger. Zu je 2 bis 4 Wochen Gefängnis wurden insgesamt 15 Bürger verurteilt. In einem besonderen Prozess wurde der Stadtschultheis Johann Seelig, der damals ja Landesbeamter war, seines Amtes enthoben und zu einem halben Jahr Gefängnis verurteilt, weil er nicht entschieden gegen die Revolte eingeschritten war.

Für das politische Selbstbewusstsein der Hofheimer Bürger blieb die Revolte nicht folgenlos, ein rebellischer Geist gegenüber dem autoritären Landesherrn war weiterhin vorhanden. Anfang 1832 wurde Philipp Joseph Weiler, der Besitzer der Kellerei, als erster Hofheimer Abgeordneter in die Deputiertenkammer gewählt. Weil er mit 14 anderen Deputierten dem Herzog wegen des ungelösten Domänenstreites die jährliche Rente von 140.000 Gulden verweigerte, wurde ihm sein Mandat bald wieder aberkannt. Er wurde 1833 mit den anderen sogar angeklagt und verurteilt, weil sie einen schriftlichen Protest dagegen veröffentlicht hatten. Der 2. Hofheimer Abgeordnete in der Deputiertenkammer war von 1833 bis 1835 der frühere, bei der Schulhausrevolte entlassene Stadtschultheis Johann Seelig. Er wurde 1835 mit 10 weiteren Bürgern aus Hofheim und Höchst wegen der „Teilnahme an einer politischen Verbindung zur Verteilung aufrührerischer Schriften“ angeklagt und zu 9 Monaten Korrekthaushaft verurteilt. Mit ihm wurden u. a. auch Johann Manzino und Martin Weiler aus Hofheim verurteilt, die schon wegen ihrer Beteiligung an der Schulhausrevolte bestraft worden waren.

Durch die Restauration der alten Herrschaftsverhältnisse in Deutschland nach dem Wiener Kongress von 1814/15 wurden alle aufkommenden demokratischen Bewegungen überwacht und unterdrückt. Eine „Zentralbehörde für politische Untersuchungen“ des Deutschen Bundes koordinierte die Überwachung aller „reaktionärer Umtriebe“ durch die Länder. Deshalb verlagerten sich viele politische Aktivitäten ins Ausland und wurden in Geheimbünden wie dem „Bund der Geächteten“ oder dem „Bund der Deutschen“ ausgeführt. Ein Zentrum dieser Aktivitäten war Paris, weil dort viele Handwerker und in Deutschland Verfolgte zusammenkamen, so auch Handwerker aus Hofheim. Der bekannteste davon wurde Adam Mohr, der als wandernder Handwerksgehilfe bis nach Algier kam und sich in Paris dem „Bund der Deutschen“ anschloss. Er wurde verraten, bei seiner Rückkehr nach Hofheim 1841 verhaftet und Anfang 1842 wegen der „Teilnahme an einer gefährlichen Verbindung“ zu 4 Monaten Korrekthshaft verurteilt. Trotzdem wurde er in Hofheim ein erfolgreicher Handwerker. Er gründete eine mechanische Werkstatt in der Hauptstraße, konstruierte Maschinen wie Lumpenschneider und Fegmühlen und war 25 Jahre lang der Vorsitzende des Hofheimer Lokalgewerbevereins. Kein Wunder also, dass er auch der Urvater der Fa. Polar Mohr wurde, die sein Enkel Adolf Mohr 1906 gründete.

Ähnlich wie Adam Mohr wurden auch der Schuhmacher Nikolaus Landler und der Küfer Jakob Christoph Seelig, ein Sohn des schon genannten früheren Stadtschultheis Johann Seelig, bei ihrer Rückkehr aus Paris verhaftet und verurteilt. Ein revolutionärer Geist hat sich in Hofheim also auch in den 40er Jahren fortgesetzt. Über konkrete Aktivitäten in Hofheim im Zusammenhang mit der Revolution im März 1848 ist nichts bekannt. Wie man an der Darstellung einer großen Demonstration vor dem Wiesbadener Schloss am 4. März 1848 sieht, verliefen die revolutionären Ereignisse in Nassau friedlicher als am 18./19. März in Berlin. Friedlich blieb es dort auch, weil der Herzog Adolph den 9 Forderungen der Nassauer wie der allgemeinen Volksbewaffnung, der Pressefreiheit und der Einberufung eines deutschen Parlamentes zugestimmt hat.

Als Folge der Revolution wurde im Reich und in den Ländern die Bildung von Parlamenten durch demokratische, aber indirekte Wahlen durchgesetzt. Am 18. April 1848 wurden Wahlmänner gewählt, die ihrerseits die Abgeordneten der Nationalversammlung und der Landtage bestimmten. Im 5. Wahlkreis Nassaus, zu dem Hofheim gehörte, wurde der Wiesbadener Regierungsrat Karl Hehner zum Abgeordneten der Nationalversammlung gewählt, der dort den gemäßigten Linken angehörte. In der Nationalversammlung hatten eher die Rechten die Mehrheit, die für das Deutsche Reich eine konstitutionelle Monarchie anstrebten, während die radikale Linke eine Republik erreichen wollte. Die am 28. März 1849 verkündete Reichsverfassung sah den König von Preußen als Staatsoberhaupt vor, der dieses Amt aber nicht annahm. Damit war das Scheitern der Revolution eingeleitet. Preußen rief seine Abgeordneten aus der Nationalversammlung zurück. Im Juni 1849 trat noch ein Rumpfparlament in Stuttgart zusammen, das aber durch württembergische Truppen aufgelöst wurde.

Schon im September 1848 war es in Frankfurt zu massiven Spannungen im Parlament gekommen. Die extreme Linke in der Nationalversammlung beteiligte sich am 18. September 1848 in Frankfurt an einem Aufstand gegen Entscheidungen der Nationalversammlung in der Schleswig-Holstein-Frage. Der Aufstand wurde von Bundestruppen niedergeschlagen. Besonders enttäuscht über diese Entwicklung der Revolution war auch Robert Blum, der Sprecher der demokratischen Linken in der Paulskirche und als Leipziger Abgeordneter und Volksredner damals schon sehr populär. Enttäuscht über diese politische Niederlage suchte er in den Wochen danach im Taunus und später auch im Odenwald den Kontakt zum Volk und berichtete seiner Frau in einem Brief vom 11. Oktober 1848, dass er überall begeistert aufgenommen wurde. Wörtlich fuhr er fort:

„Im Dorfe Hofheim, wo wir etwa eine Stunde weilten, bewirkte man sogar schnell eine Demonstration, indem einige Vereine sich zu einem Ständchen sammelten und bei

unserer Ausfuhr das ganze Dorf auf den Beinen war und mit Jubel von uns Abschied nahm.“

Zweifellos handelte es sich bei dem „Dorfe“ um Hofheim am Taunus. Einer der von Blum genannten Vereine kann der 1844 gegründete Gesangverein „Concordia“ Hofheim gewesen sein.

Zur Unterstützung des am 6. Oktober 1848 in Wien ausgebrochenen Aufstandes reiste Blum mit einer Delegation der Linken in der Nationalversammlung dorthin. Nach der Niederschlagung des Aufstandes durch kaiserliche Truppen am 31. Oktober 1848 wurde er in Wien verhaftet und einen Tag vor seinem 41. Geburtstag am 9. November standrechtlich erschossen, obwohl er als Abgeordneter der Deutschen Nationalversammlung Immunität genoss. Danach ging eine Welle der Empörung durch Deutschland und Robert Blum wurde als Märtyrer der Revolution zu einem demokratischen Nationalhelden. Nach ihm sind in Deutschland viele Schulen, Straßen und Plätze benannt, in Hofheim aber leider nicht, obwohl er es hier mindestens so viel verdient hätte wie Kaiser Wilhelm oder Herzog Adolph.

Zum Schluss noch ein Hinweis: Sie können sich über einzelne der genannten Personen auch ausführlicher im Internet über die Website „Historisches-Hofheim“ informieren. Dort finden sie die ausführlicheren Porträts von Adam Mohr, Johann Seelig, Philipp Joseph Weiler, Bernhard Westenberger und zusammengefasst in dem Beitrag „Wegbereiter der Demokratie in Hofheim“. Ich habe auch daran mitgewirkt, aber keineswegs alleine. Ich finde es aber wirklich sehr bemerkenswert, was in den letzten drei Jahren auf rein ehrenamtlicher Basis an historischen Informationen über Hofheim zusammengetragen, öffentlich zugänglich gemacht wurde und auch laufend ergänzt wird.

Außerdem gibt es das Buch zur Schulhausrevolte „Bürgerwille gegen Herrscherwillkür“, das zum 175. Jahrestag der Revolte 2007 erschienen ist, immer noch im Stadtmuseum zu kaufen.

Am Mittwoch, dem 21. Juni 2023, 19:30 Uhr wird die Stadt Hofheim im Stadtmuseum eine Gedenkveranstaltung zur Revolution 1848/49 ausrichten, bei der ich zum Thema „Zwischen Revolte und Revolution – Hofheim zwischen 1831 und 1848“ sprechen werde.